

Merkel vorerst gegen zusätzliche Hilfen für bedrängte Euro-Staaten

Forderung der IWF-Chefin Lagarde zurückgewiesen / „Hilfsfonds handlungsfähig“

mas./pwe./wmu. BERLIN/WASHINGTON/BRÜSSEL, 23. Januar. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will vorerst keine zusätzlichen Hilfen für bedrängte Euro-Staaten beschließen. Indirekt wies sie am Montag Forderungen zurück, welche die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, zuvor in Berlin erhoben hatte. In einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik forderte Frau Lagarde, die sogenannten Brandmauern um die aktuellen Krisenstaaten zu erhöhen. Länder wie Spanien und Italien könnten sonst durch zu hohe Finanzierungskosten in eine Liquiditätskrise geraten. Die Weltwirtschaft könnte ohne gemeinsames Handeln gegen die Krise in eine Abwärtsspi-

rale wie in den dreißiger Jahren rutschen, warnte die IWF-Direktorin.

Der Teufelskreis zwischen Banken und Regierungen im Euroraum müsse dadurch durchbrochen werden, dass die finanziellen Risiken in größerem Maße zwischen den Euro-Staaten geteilt würden. Konkret forderte die IWF-Chefin, den gegenwärtigen Euro-Rettungsschirm EFSF nicht bei Einführung des permanenten Krisenfonds ESM abzuschaffen, sondern die Mittel der EFSF dem ESM zuzuschlagen. Ähnliche Vorstellungen zur finanziell besseren Ausstattung des ESM, der im Sommer die bisherige EFSF ablösen soll, sollen der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, und der italienische Ministerpräsident Mario Monti hegen.

Nach dem Antrittsbesuch des belgischen Ministerpräsidenten Elio Di Rupo im Kanzleramt bekräftigte Frau Merkel, es solle ein Schritt nach dem anderen getan werden. Der derzeitige Hilfsfonds EFSF habe noch eine Hilfskapazität von 230 Milliarden Euro, er sei damit ausreichend handlungsfähig. Deutschland sei auch bereit, seine Zahlungen in den dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM vorzuziehen. „Für mich hat Priorität, den ESM in Kraft zu setzen.“ Im Übrigen habe die EZB gerade erst 500 Milliarden Euro Liquidität an die Finanzmärkte gegeben. Mit diesen Mitteln könne man zunächst arbeiten. Doch schloss die Kanzlerin spätere Nachbesserungen nicht aus. *(Fortsetzung Seite 2, siehe auch Wirtschaft, Seiten 9 und 10.)*